

Der Ukraine-Konflikt: Ursache und Wirkung, Dichtung und Wahrheit

Von Dieter Grillmayer

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stieg die Sowjetunion (UdSSR), vor allem wegen des Besitzes von Atomwaffen, zur Weltmacht auf, die nach der Installation kommunistischer Regime in allen westlichen Nachbarstaaten – und mit der DDR bis nach Deutschland hinein – eine Bedrohung für das ganze restliche Europa darstellte. Denn das politische Ziel der UdSSR war der Weltkommunismus, und das historische Verdienst der USA besteht darin, dagegen als Schutzmacht aufgetreten zu sein. Dabei hat sie mit der NATO auch ein Instrument geschaffen, das dem kommunistischen Ostblock bzw. dessen Militärbündnis, dem Warschauer Pakt, im Kalten Krieg Paroli bieten konnte.

1. Der NATO-Doppelbeschluss

Die entscheidende Wende zum Besseren wurde durch den sogenannten NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 zumindest auf den Weg gebracht. Dieser enthielt einerseits die Aufnahme von Verhandlungen zur Begrenzung der Anzahl atomarer Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten und – im Falle von deren Scheitern – die Errichtung von Raketenbasen für die neue Mittelstreckenrakete Pershing II. Der Doppelbeschluss wurde in Deutschland sowohl von der SPD-FDP-Regierung unter BK Helmut Schmidt (bis 1982) wie auch der nachfolgenden CDU-FDP-Regierung unter BK Helmut Kohl – in beiden Regierungen war Hans-Dietrich Genscher (FDP) Vizekanzler und Außenminister – unterstützt, während die 1980 gegründete deutsche Grün-Bewegung eine heftige pazifistische außerparlamentarische Opposition anführte. 1983 zogen „Die Grünen“ erstmals in den Bundestag ein. Im Lichte der weiteren Entwicklung kann der Protest gegen den Doppelbeschluss somit als Geburtsfehler der deutschen Grünen bezeichnet werden, und mit deren heutiger Parteilinie hinsichtlich Kriegspropaganda und Waffenlieferungen passt das schon gar nicht zusammen.

2. Der russische Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow

Nach dem Scheitern der mit der UdSSR unter Führung des Generalsekretärs des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei (KPdSU) Juri Andropow, nach ihm Konstantin Tschernenko, beide im Amt verstorben, geführten Verhandlungen zur Rüstungskontrolle beschloss der Deutsche Bundestag im November 1983 die Aufstellung der Pershing-Raketen. Im März 1985 wurde (nach dem Tod Tschernenkos) der damals 54jährige Michail Gorbatschow als jüngstes ZK-Mitglied dessen Generalsekretär. Aus westlicher Sicht waren die Pershing II und die angeschlagene sowjetische Wirtschaft, die ein weiteres Wettrüsten verunmöglichte, ausschlaggebend dafür, dass Gorbatschow im überalterten ZK eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen durchsetzen konnte. Diese führten dann 1987 unter US-Präsident Ronald Reagan zum INF-Vertrag, einem umfangreichen Abrüstungsvertrag, der insbesondere die Vernichtung aller atomaren Mittelstreckenraketen (Reichweite 500 km bis 5.500 km) bis 1991 zum Inhalt hatte, was auch erfolgt ist. **Der Gesamtvertrag wurde 2019 einseitig von den USA aufgekündigt.**

Mit der von Michail Gorbatschow unter den Titeln Perestroika/Umgestaltung und Glasnost/Transparenz laufenden Reform- und Friedenspolitik wurde der Kalte Krieg de facto beendet bzw. zu Gunsten des Westens entschieden. Die deutsche Wiedervereinigung, die Auflösung des Warschauer Paktes und die schrittweise Verselbständigung aller Teilrepubliken erfolgten

in der Zeit von März 1990 bis Dezember 1991, als Gorbatschow das (neu geschaffene) Amt des Staatspräsidenten der UdSSR ausübte. **Sein Vorschlag, nach der Auflösung des Warschauer Paktes auch die NATO aufzulösen, fand kein Gehör.** Nach dem Zerfall der Sowjetunion in über 20 selbständige Staaten blieb Ende 1991 nur mehr Russland übrig, das in allen internationalen Beziehungen und Verträgen deren Nachfolge angetreten hat. Im Vergleich zur vorhergehenden Weltmacht war das ein Abstieg, was die Russen Gorbatschow wohl bis heute nicht verzeihen haben, während außerhalb Russlands die Wertschätzung für seine Leistungen sehr hoch ist: Bereits im Dezember 1990 wurde ihm der Friedensnobelpreis verliehen.

3. Russland stellt per se keine Gefahr für die Sicherheit Resteuropas dar

Aus rationaler Sicht sind die kommunistische UdSSR und die konstitutionelle Republik Russland (offiziell Russische Föderation genannt) als mögliche Gefährder Resteuropas überhaupt nicht vergleichbar. **Durch den Verlauf der zwei Jahrzehnte vor und nach der Jahrtausendwende wird das anhand von Fakten belegt, worauf noch einzugehen sein wird.** Daher war auch die Beibehaltung des NATO-Paktes und insbesondere dessen Osterweiterung sachlich nicht gerechtfertigt, hat hingegen zusammen mit dem spätestens seit 2005 feststellbaren Zugriff der USA auf die Ukraine, einem über tausend Jahre lang festen Bestandteil russischer Reiche und als selbständiger Staat überhaupt erst seit dem Zerfall der UdSSR (1991) existent, zu einer neuerlichen Zuspitzung der Situation geführt. Die Ukraine, zu deutsch „Grenzland“, kann als Einfallstor in die osteuropäische Steppenlandschaft angesehen werden; daher ist dieses (sein) Grenzland für Russlands Sicherheit von großer strategischer Bedeutung. Dessen Aufrüstung durch die USA samt NATO-Beitrittswunsch musste daher als Bedrohung angesehen werden und durfte seitens der russischen Politik dann auch Reaktionen auslösen.

Der SPD-Politiker Egon Bahr war ein Vordenker und führender Mitgestalter der vom deutschen Bundeskanzler Willy Brandt zu Ende der 1960er-Jahre eingeleiteten Ostpolitik. 1999 hat er sich in einer Schweizer Radiosendung wie folgt geäußert: „Es gibt keine Stabilität in Europa ohne die Beteiligung und Einbindung Russlands. Und ich weiß genau, dass Russland nicht so schwach bleiben wird, wie es im Augenblick ist. Wir können im Prinzip jetzt alles tun, was wir wollen, Russland kann es nicht hindern, es ist zu schwach. Aber ich warne davor, ein großes stolzes Volk zu demütigen.“

4. Die Jelzin-Jahre und die erste NATO-Osterweiterung

Bahr bezog sich dabei auf das Russland der Jelzin-Jahre und die erste NATO-Osterweiterung. Boris Jelzins Präsidentschaft (im Anschluss an diese Funktion in der russischen SSR) im nunmehr selbständigen Russland ab 1. Jänner 1992 ist geprägt durch eine radikale Abkehr von der kommunistischen Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft unter intensiver Mitwirkung amerikanischer Wirtschaftsberater, was aber nur wenigen Geschäftstüchtigen zugutekam und damit einen Oligarchenkapitalismus mit sich brachte, während es gesamtwirtschaftlich steil bergab ging. (In Umbruchzeiten ist eine solche Entwicklung nicht ungewöhnlich und trifft auch auf die Ukraine zu.) **Gegen Ende von Jelzins Regierungszeit hatte sich das Bruttonationaleinkommen halbiert und Russland war bankrott.**

1999 traten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn der NATO bei. Das ist wohl nur als Folge einer russenfeindlichen Stimmung in diesen Ländern, in Polen traditionell, in Ungarn und in der Tschechoslowakei vor allem wegen der Niederschlagung des Volksaufstandes von 1956 bzw. des Prager Frühlings von 1968 erklärbar, weil diesen Ländern vom schwachen und inzwischen – abgesehen von der Enklave Kaliningrad – ziemlich weit entfernten Russland keinerlei Gefahr mehr drohte. Die Aufnahme war nach den entsprechenden Ansuchen jahrelang

verschleppt worden, weil sie einen klaren Bruch des Michail Gorbatschow anlässlich der deutschen Wiedervereinigung gegebenen Versprechens darstellte, die NATO werde sich über das Gebiet der ehemaligen DDR hinaus nicht erweitern. (Angesichts dieses Vertrauensbruchs ist die Klage, dass man Versprechungen der Russen nicht trauen kann, ziemlich pharisäisch.) Es besteht kein Zweifel, dass von US-Präsident George Bush senior und seinem Außenminister James Baker sowie dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher diese Zusicherung 1990 gegeben wurde, wie Genschers Kabinettschef Frank Elbe bis heute nicht müde wird zu betonen, siehe Internet (Wikipedia). Dort sind auch zahlreiche Wortmeldungen von USA-Politikern zu finden, die vor diesem Schritt gewarnt haben, so etwa Pat Buchanan mit den Worten: „Damit treten wir die Konfrontation des 21. Jahrhunderts los“, und George F. Kennan sprach bereits im Jahr 1997 in diesem Zusammenhang vom „verhängnisvollsten Fehler der amerikanischen Politik“.

5. Die Brzeziński-Doktrin

US-Präsident Bill Clinton folgte jedoch dem schon seit Lyndon B. Johnsons Zeiten für US-Regierungen tätigen polenstämmigen Politik- und Sicherheitsberater Zbigniew Brzeziński, der übrigens auch die Bombardierung Serbiens im Zuge des Kosovokrieges von 1999 angeregt hat. (Ein Vergleich mit dem aktuellen Geschehen bietet sich an.) In seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ (1997) definierte Brzeziński die geopolitische Strategie der USA als – nach dem Zerfall der Sowjetunion – alleiniger Weltmacht wie folgt (Wikipedia): „Der eurasische Kontinent ist unter Kontrolle zu halten und es sind alle Bestrebungen zu verhindern, welche die Machtstellung der USA gefährden könnten.“ Danach sind die USA an einem starken Europa nicht interessiert und an einem Ausgleich mit Russland schon gar nicht, ganz im Gegenteil.

Diese Brzeziński-Doktrin bestimmt seither die amerikanische Politik, wie in einem Vortrag von George Friedman, der zu den wichtigsten aktuellen US-Politik-Strategen gehört, erst im Februar 2015 bestätigt worden ist. Dieser Vortrag kann im Internet in einem unter mehreren Adressen (z. B. unter <https://www.youtube.com/watch?v=fATq03kBs44>) abrufbaren Video nachverfolgt werden und bringt in aller Deutlichkeit (und auch Ehrlichkeit) die Leitlinien der Außenpolitik der USA zum Ausdruck. Diese orientiere sich ausschließlich an amerikanischen Interessen und nicht an moralischen Standards. Das Video enthält auch konkrete Aussagen, die sinngemäß u. a. wie folgt lauten: „Die ukrainische Armee ist de facto eine unserer“ und „Nur eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland könnte die weltweite Vormachtstellung der USA gefährden; daher muss ein solches Bündnis unter allen Umständen verhindert werden“.

6. Putins Bemühungen um gute Nachbarschaft und die zweite NATO-Osterweiterung

Wladimir Putin trat am 31. Dezember 1999 nach dem Rücktritt Boris Jelzins auf dessen Wunsch hin seine Nachfolge an, wurde am 26. März 2000 im ersten Wahlgang mit 52,9 Prozent der Stimmen gewählt und am 7. Mai 2000 auf das Amt des Staatspräsidenten Russlands vereidigt. Die Präsidentschaftswahl am 14. März 2004 gewann Putin mit 71 Prozent der Stimmen und ging so in eine zweite vierjährige Amtszeit. (Von 2008 bis 2012 war er dann „nur“ Ministerpräsident unter dem Staatspräsidenten Dmitri Medwedew, danach wiederum Staatspräsident).

Er hat Russland nach den chaotischen Jelzin-Jahren stabilisiert, was von den Russen wohl mehrheitlich positiv zur Kenntnis genommen worden ist, siehe das Wahlergebnis von 2004. Hinsichtlich seiner Innenpolitik maße ich mir nicht an, darüber zu befinden, wie man das flächenmäßig größte Land der Welt besser führen könnte und darf in diesem Zusammenhang nochmals

Egon Bahr zitieren: „Ich glaube nicht, dass Russland in überschaubarer Zeit eine Demokratie werden kann. Es gibt keine Traditionen in Russland, die dafürsprächen.“

Putins Außenpolitik konnte aus vorurteilsfreier Sicht bis zum 24. Februar 2022 als durchaus vernunftorientiert wahrgenommen werden. Zumindest wusste Putin nach meinem Dafürhalten bisher ganz genau, was er bewirken kann und was nicht. Eine Restauration der Sowjetmacht war da ganz gewiss nicht dabei und klassifiziere ich das als eine böswillige Unterstellung der USA, auf welche die amerikahörigen Europäer vielfach hereingefallen sind. Natürlich hat Washington im Sinne der Brzeziński-Doktrin an einem erfolgreichen russischen Präsidenten von Anfang an kein gutes Haar gelassen, noch dazu, wenn der sich um ein partnerschaftliches Verhältnis zum übrigen Europa und insbesondere zu Deutschland bemüht hat, wie das in dessen ersten zwei Amtsperioden ganz offensichtlich der Fall war. Seine Rede im Deutschen Bundestag im September 2001 in nahezu perfektem Deutsch mit standing ovations der Abgeordneten und zahlreiche andere öffentliche Auftritte in Europa belegen das, ebenso wie seine auch in Buchform veröffentlichten Reden.

Dabei musste Putin im Jahre 2004 die Zustimmung seiner europäischen „Partner“ zur zweiten NATO-Osterweiterung hinnehmen, welche Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien betroffen hat und wodurch das (im Prinzip obsolete) Militärbündnis immer näher an Russland heranrückte. Trotzdem protestierte Putin nicht dagegen, sondern präsentierte sich drei Tage nach dem Beitritt der drei baltischen Staaten mit dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder auf einer gemeinsamen Pressekonferenz und gab seinem Wunsche Ausdruck, dass sich die Beziehungen Russlands zur NATO „positiv entwickeln“ mögen.

Das ist insofern bemerkenswert, als die baltischen Staaten nicht, wie die anderen neuen NATO-Mitglieder, „nur“ ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten, sondern unmittelbare UdSSR- Staaten waren, und weil in ihnen russische Minderheiten sesshaft sind. Also: Wie soll das mit den Putin von Anfang an unterschobenen Absichten zusammengehen? Nur einen NATO-Beitritt der Ukraine lehnte der russische Präsident schon 2004 kategorisch ab. In dem im 5. Abschnitt genannten Video klassifiziert George Friedman das als eine aus russischer Sicht völlig berechtigte Haltung, was die Amerikaner dazu bewogen haben dürfte, die „Ukraine-Karte“ zu ziehen, um die von Putin genannte „positive Entwicklung“ ins Gegenteil zu verkehren. (Dazu passt, dass die Ukraine – zweifellos auf Betreiben der USA – erstmals bereits 2005 die Aufnahme in die NATO beantragt hat.)

7. Bevölkerungsstruktur der Ukraine und ukrainischer Nationalismus

Das nicht nur geographisch, sondern vor allem historisch, bevölkerungspolitisch und kulturell einschließlich der Religion gegebene Naheverhältnis der Ukraine zu Russland ist evident. Insbesondere ist dort der starke russische Einschlag in der Bevölkerungsstruktur belegt, was z. B. die Umgangssprache betrifft. Wikipedia: **„Die russische Sprache in der Ukraine ist dort neben dem Ukrainischen die meistgesprochene Sprache des Landes. Sie wird von fast allen Bewohnern zumindest grundlegend beherrscht und ist, je nach Art der Schätzung und Fragestellung, die Muttersprache oder bevorzugte Sprache von knapp 30 % bis über 50 % der Bevölkerung.“**

Gleichwohl gibt es eine latente Russenfeindlichkeit und einen leicht entflammaren ukrainischen Nationalismus, der vor allem auf die kommunistische Agitation in der Zwischenkriegszeit zurückzuführen sein dürfte. Damals wurde in der SSR Ukraine nämlich eine auf Zunahme der lohnabhängigen Arbeiterschaft zu Lasten eines freien Bauernstandes ausgerichtete Um-

strukturierung betrieben. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft führte in den 1930er-Jahren zu einer großen Hungersnot, der mindestens drei Millionen Ukrainer zum Opfer gefallen sind, während die Intensivierung von Bergbau und industrieller Produktion vor allem im ostukrainischen und mehrheitlich russisch besiedelten Donbass diesen zu einer wirtschaftlich prosperierenden Region machte.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die deutsche Wehrmacht im Westen und im Zentralraum der Ukraine als Befreier freudig begrüßt, doch war diese Begeisterung infolge des unsensiblen Verhaltens der nachkommenden Zivilverwaltung nur von kurzer Dauer. Die Hakenkreuzfahnen am Maidan im Februar 2014 könnten aber durchaus ein Relikt aus dieser Zeit gewesen sein.

8. Korruption und Oligarchen dominieren die ukrainische Wirtschaft und Politik

War die SSR Ukraine wirtschaftlich noch eine Vorzeige-Sowjet-Republik, so ist das Land seit 1991 zu einer Krisenregion geworden. Insgesamt gab es in den letzten 30 Jahren ein durchschnittliches wirtschaftliches Minuswachstum von 4 % mit Spitzen von -22,9 % (1994), -14,8 % (2009) und -9,8 % (2015). Wie in Russland hat der abrupte Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft einen großen Schaden angerichtet und, auch infolge eines durchaus verständlichen Demokratiedefizits, das Aufkommen eines korrupten Oligarchenkapitalismus gefördert. Nur dass dieser, anders als durch Putin in Russland, bis heute nicht wirklich eingebremst werden konnte. So schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ am 22. April 2019 unter dem Titel „Selenskys Sieg ist Ausdruck eines kranken politischen Systems“, dass dieser seine Wahl zum Präsidenten vor allem einem Oligarchen zu verdanken hatte, der praktisch alle Medien des Landes „gekauft“ und auf Selensky eingeschworen hat. Nach einer Expertise des europäischen Rechnungshofes vom September 2021 ist die Ukraine nach wie vor weit von einer funktionsfähigen Wirtschaft nach europäischen Standards entfernt. Das schließt auch eine baldige EU-Mitgliedschaft aus, nach einer kürzlich getätigten Äußerung des französischen Staatspräsidenten Macron sogar noch über Jahrzehnte hinweg.

Es ist daher eine glatte Verdrehung der Tatsachen, wenn jetzt propagiert wird, in dem aktuellen Krieg gehe es um „westliche“ Werte, Freiheit und Demokratie versus Gewalt und Zwangsherrschaft. Dazu passt auch noch ein drittes Zitat von Egon Bahr, welches er 2013 im Gespräch mit Schülern in Heidelberg getätigt hat: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“

9. Die Vereinnahmung der Ukraine durch die USA

Die globalen Interessen der USA und dass dabei eine Isolierung Russlands innerhalb Europas an erster Stelle steht, sind bereits genannt worden. Um das zu erreichen bot sich die Ukraine als Bauernopfer an. Für die mehrfach belegte Methode der Washingtoner Politik, ein Land durch das Schüren von Unruhen zu destabilisieren, Syrien ist ein Musterbeispiel dafür, boten sich in diesem Fall die in den letzten zwei Abschnitten geschilderten Zu- und Umstände an.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die USA schon an der (unblutigen) Orangen Revolution von 2004 beteiligt waren, aus der nach dem zehn Jahre lang als Präsident tätig gewesenen parteilosen Leonid Kutschma als dessen Nachfolger der westlich orientierte Wiktor Juschtschenko hervorgegangen ist. In seiner Amtszeit wurde von der Ukraine dann bereits 2005 die NATO-Mitgliedschaft beantragt. Dieses Begehren haben Deutschland und Frankreich damals zwar abgelehnt, was von den Amerikanern aber praktisch unterlaufen wurde, indem diese

hinsichtlich Bewaffnung und Instruktion der ukrainischen Streitkräfte massiv tätig geworden sind. (Beleg: Das im 5. Abschnitt genannte Video.)

Im Jahr 2010 wurde aufgrund einer unbestritten demokratischen Wahl Juschtschenko durch Wiktor Janukowytsch als Präsident abgelöst, der um ein gutes Verhältnis zu Russland bemüht war, wiewohl er gleichzeitig auch eine Anbindung an die EU anstrebte. Wegen seiner letzten Endes doch zögerlichen Haltung in dieser Sache wurde gegen Janukowytsch (von wem wohl?) Stimmung gemacht und dieser im Februar 2014 durch einen unter dem Namen Euromaidan bekannt gewordenen, von Hakenkreuz-Fahnen schwingenden ukrainischen Nationalisten angeführten, blutigen Aufstand weggeputscht. An Leib und Leben bedroht musste er fliehen, seine Absetzung war nach damaligem ukrainischem Recht unstatthaft, daher auch sein Austausch durch den Oligarchen Petro Poroschenko, der dann von 2014 bis 2019 ukrainischer Präsident war.

Eine gute Quelle für den Nachweis des US-amerikanischen Einflusses auf die innerukrainischen Angelegenheiten liefert das Internet unter dem Stichwort „Victoria Nuland“. Nach einer Aussage dieser amerikanischen Spitzenbeamtin im Außenamt wurden bis 2013 mehr als fünf Milliarden Dollar in die Ukraine investiert. Während des Euromaidan fand ein (abgehörtes) Telefonat zwischen Nuland und dem amerikanischen Botschafter in Kiew statt, in dem es um die Rekrutierung einer neuen ukrainischen Regierung gegangen ist. Dabei lehnte Nuland den ehemaligen Boxweltmeister und jetzigen Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko als zu EU-freundlich ab und gebrauchte den Ausdruck „Fuck the EU“ im Zusammenhang damit, dass die EU die amerikanischen Ambitionen in der Ukraine zu wenig unterstütze. Und schließlich beantwortete sie am 8. März 2022 während einer Senatsanhörung die Frage eines republikanischen Senators, ob die Ukraine über „biologische Waffen“ verfüge, mit der Aussage, dass die Ukraine über „biological research facilities“ verfüge. Wer die wohl dort installiert haben wird?

10. Die Krim und der Donbass

Es kann davon ausgegangen werden, dass Putin die Ereignisse vom Februar 2014 als letzten Beleg dafür ansah, dass die gute Nachbarschaft mit der Ukraine nicht mehr zu retten sei, was seinerseits konkrete Maßnahmen erfordere. Eine leichte Übung war dabei der Zugriff auf die Halbinsel Krim, die im Hinblick auf die dort verankerte russische Schwarzmeerflotte für Russland von großer strategischer Bedeutung ist. Abgesehen davon wurde die bis dato russische Krim erst 1954 von Nikita Chruschtschow der SSR Ukraine übergeben, wahrscheinlich wegen des besseren Zuganges von dort aus und weil das ja im Rahmen der UdSSR keine Rolle gespielt hat. Die Halbinsel wird zu mehr als 65 % von Russen besiedelt, sodass Putin sicher sein konnte, dass eine Volksabstimmung seinen Schritt demokratisch absichern werde, was auch mit über 90 Prozent Zustimmung geschehen und durchaus glaubwürdig ist. Im Sinne der von den USA oft beschworenen „Realpolitik“ hätte sich der Westen mit dieser Tatsache abfinden sollen, die ja wohl eine Folge seines ganz offensichtlich russenfeindlichen Verhaltens war, statt Sanktionen zu verhängen, die Russland acht Jahre lang „weggesteckt“ hat, während vor allem die EU-Wirtschaft damit belastet worden ist.

Auch im ukrainischen Teil des Donbass machen die Russen und russisch Sprechenden zwischen 65 % und 75 % der Bevölkerung aus, die sich spätestens ab 2014 durch die Kiewer Regierung und das ukrainische Parlament nicht mehr vertreten sahen. Als gegen deren Unabhängigkeitsbestrebungen die ukrainische Armee zu Felde zog, da hat Putin seinen russischen Brüdern und Schwestern zumindest verdeckt militärische Hilfe geleistet, was wohl auch zu verstehen ist. Zur Deeskalation des Konflikts sollten laut Minsker Abkommen von 2015 die Oblaste (= Verwaltungseinheiten) Donezk und Luhansk einen Autonomiestatus erhalten, der ihnen nach europäi-

schem Brauch zweifellos zusteht. Zur Umsetzung des Minsker Abkommens ist es aber nicht gekommen, weil das die Nationalisten in Kiewer Parlament beharrlich verhindert haben.

Damit setzte sich der latente Bürgerkrieg im Donbass fort, der in den letzten acht Jahren bereits Menschenleben im fünfstelligen Bereich gekostet hat, aber nicht genug damit: Im Jahr 2019 wurde Russisch als zweite Amtssprache, wie das in 13 von 27 ukrainischen Verwaltungseinheiten, darunter Donezk und Luhansk, bis dahin gegolten hat, abgeschafft. Im gleichen Jahr hat die Ukraine die Mitgliedschaft in der EU und in der NATO zum Staatsziel erklärt. Über die ebenfalls 2019 erfolgte einseitige Kündigung des INF-Abrüstungsvertrages durch US-Präsident Donald Trump ist schon berichtet worden. Mehrmalige Versuche Putins, mit den USA unter dem neuen Präsidenten Joe Biden ein neues Abkommen zu vereinbaren, scheiterten, zuletzt im Dezember 2021, wo der russische Präsident konkrete Vorschläge hinsichtlich gegenseitiger Sicherheitsgarantien auf den Tisch gelegt hat. Am Rande erwähnt: Joe Bidens Sohn Hunter ist seit 2014 Vorstandsmitglied bei Burisma, dem größten privaten Gasproduzenten der Ukraine.

11. Putins Grenzüberschreitung gibt Rätsel auf

Ein Otto von Bismarck zugeschriebenes Bonmot lautet: „Es ist schwer, den Russischen Bären aus seiner Höhle zu locken, aber noch viel schwieriger ist es, ihn da wieder hinein zu bekommen.“ Die bisher geschilderten Umstände und Abläufe belegen die Mühe, die man sich gemacht hat, um Putin dazu zu bringen, die Geduld zu verlieren und die Höhle zu verlassen, und der zweite Teil des Satzes signalisiert, dass es weder mit Waffengewalt noch mit Sanktionen gelingen dürfte, ihn da wieder hineinzubekommen. **Das erscheint mir nur auf dem schwierigen Weg der Diplomatie möglich zu sein, wobei ein faires Angebot einen Neutralitätsstatus der Ukraine, selbstverständlich mit westlichen Sicherheitsgarantien, die Anerkennung einer russischen Krim und die Gewährung einer echten Autonomie für den Donbass enthalten sollte.**

Natürlich hätte die Grenzüberschreitung vom 24. Februar 2022 nie passieren dürfen. Solidarität mit den Einwohnern des überfallenen Landes, aber nicht unbedingt mit dessen politischer Führung, und Hilfe für die Kriegsflüchtlinge sind selbstverständlich. Außerdem gibt diese Entscheidung des russischen Präsidenten Gerüchten über dessen persönliche Befindlichkeit Nahrung. Denn zunächst einmal war es für Putin ganz untypisch, genau das zu tun, was seine Feinde nun schon jahrelang herbeigebetet haben, nämlich tatsächlich mitten in Europa einen Krieg zu beginnen. Und zweitens machte der großflächige Angriff überhaupt keinen Sinn, es sei denn, der Kriegsherr habe gemeint, mit einem zügigen Vormarsch seiner Truppen auf Kiew rasch einen Sturz der aktuellen ukrainischen Machthaber erreichen und mit einer neuen Regierung dann umgehend zu einer politischen Einigung kommen zu können. Da hätte er dann aber sowohl die Kampfkraft seiner eigenen Armee wie auch den Verteidigungswillen der Ukrainer und ihrer von den Amerikanern geschulten und ausgerüsteten Streitkräfte völlig falsch eingeschätzt. Zumindest letzteres hätte er wissen müssen und dass der Gegner über eine exzellente Fernerkundung und darauf gestützte Waffenlenkung verfügt, welcher etliche russische Generäle sowie wohl auch die „Moskwa“ zum Opfer gefallen sind.

Ich bin kein Fachmann, gehe aber davon aus, dass die Ukraine angesichts ihrer territorialen Größe von keiner Armee der Welt vollständig erobert und anschließend ruhiggestellt werden kann. Wenn also schon Waffengewalt, dann wäre es von Anfang an doch wesentlich sinnvoller gewesen, ein Hilfsersuchen der beiden sich zu unabhängigen Volksrepubliken erklärt habenden Regionen Donezk und Luhansk abzuwarten und darauf mit einem lokalen Einmarsch zu reagieren. Das hätte zumindest ein besseres Bild gemacht und ebenso eine Lage geschaffen, wie sie sich jetzt abzeichnet und welche die Ukraine eigentlich zum Einlenken im Sinne des oben

genannten Kompromisses veranlassen müsste. Das würde viele Menschenleben retten und auch die Rückkehr der Flüchtlinge in eine noch nicht total zerschossene Heimat ermöglichen. Im Interesse ihres Volkes sollte sich die politische Führung der Ukraine zu selbstverantwortlichem Handeln durchringen, auch deswegen, weil „auf dem Schlachtfeld“ mit ziemlicher Sicherheit keine bessere Lösung erzielt werden kann. Der in den Medien ständig mit Durchhalteparolen und Waffenforderungen präsente ukrainische Präsident und gelernte Schauspieler Selensky scheint sich in der „Heldenrolle“ gegen den Aggressor Putin allerdings recht wohl zu fühlen, und für sein privates Fortkommen dürfte in jedem Fall vorgesorgt sein.

12. Unpassende Vergleiche und eine verblüffende Parallele

Zweifellos wird Wladimir Putin als Auslöser des Ukraine-Krieges und damit als Hauptverantwortlicher für viele tausende Todesopfer und gewaltige Zerstörungen in die Geschichtsbücher eingehen. Gleichwohl ist allein schon aufgrund der hier ausführlich dargelegten Mitverantwortung der USA, ihrer ukrainischen Gefolgsleute und der passiven Haltung der EU ein Vergleich mit Hitler und Stalin unangemessen. So meinte etwa der 75jährige Amerikaner Oliver Stone, dreimaliger Oscar-Gewinner und Regisseur von berühmt gewordenen Antikriegsfilmen wie „Platoon“, anlässlich der Eröffnung des Filmfestivals von Barcelona am 28. April 2022, im Westen werde ein von den USA geschaffenes völlig verzerrtes Putin-Bild gezeigt. Der russische Präsident sei „weder ein neuer Hitler noch ein Stalin“. In Wirklichkeit sei er ein „guter Sohn seines Landes“, der sein Volk beschützen wolle. „Der Mann, den ich kennengelernt habe, war ziemlich rational und nachdenklich wie ein Schachspieler.“ (Stone hat 2017 einen vierteiligen Dokumentarfilm mit dem Titel „Die Putin-Interviews“ herausgebracht.)

Verblüffend ist dagegen eine bezüglich „unseres“ vorletzten Kaisers Franz Josef zu ziehende Parallele. Der hat 1908 völkerrechtswidrig Bosnien-Herzegowina annektiert, was die ohnehin schlechten Beziehungen zu Serbien zusätzlich belastete und zur Ermordung des Thronfolgers und seiner Gemahlin zu Ende Juni 1914 in Sarajewo durch einen serbischen Nationalisten geführt hat. Nur weil die serbische Regierung nicht bereit war, dem Tätigwerden einer österreichischen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Falles auf ihrem Staatsgebiet zuzustimmen, überzog der Kaiser nach Ablauf eines Ultimatums Serbien mit Krieg. Nach heutiger Lesart wäre Franz Josef von Habsburg-Lothringen ebenso ein „Kriegsverbrecher“ gewesen wie jetzt Putin einer ist und womöglich ein noch größerer, weil seine Aggression aufgrund der bestehenden Bündnisvereinbarungen den ganzen Ersten Weltkrieg ausgelöst hat. Die gezogene Parallele ist auch insofern passend, als die Schlagkraft der kaiserlichen Streitkräfte ebenfalls nicht gerade berauschend war.

13. Das Versagen der Europäischen Union

Derzeit ist viel davon die Rede, dass Putins Krieg die Einigkeit in der EU gefördert und die Union gestärkt habe. Wenn damit die Einigkeit gemeint ist, den Vorgaben der Amerikaner blind zu folgen, dann mag das wohl stimmen. Die Befehlsausgabe vom 26. April auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein durch US-Verteidigungsminister Austin hinsichtlich einer Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine ist ein Beleg dafür. Das ist aber doch eher eine Abwertung denn eine Aufwertung und Stärkung der europäischen Staatengemeinschaft. Denn sie unterstützt damit „den Krieg der USA gegen uns bis zum letzten ukrainischen Soldaten“, wie in Moskau kolportiert wird, und das ist doch wohl auch ein ziemlich bedenklicher Sachverhalt.

Einer konstruktiven europäischen Politik wäre von Anfang an, auch unter dem Gesichtspunkt der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas, die Aufgabe zugefallen, die US-Agitation gegen Russland einzubremsen und auf die ukrainische Politik mäßigend einzuwirken, statt diese ge-

gen die Wand fahren zu lassen. Und nunmehr müssten alle Anstrengungen unternommen werden, damit der Krieg auf dem Verhandlungsweg so schnell wie möglich wieder ein Ende findet. Was für ein Hohn, wenn der englische Premier Boris Johnson der Ukraine geradezu verbietet, die in Istanbul begonnenen Friedensgespräche wieder aufzunehmen und einem Neutralitätsstatus zuzustimmen. Johnson handelte höchstwahrscheinlich im Auftrag der USA, denn nur die Amerikaner können Interesse an einem möglichst langen Krieg haben, der Russland schwächt und ihrer Waffenindustrie, an deren Gewinnen Minister Austin übrigens unmittelbar beteiligt ist, sowie dem Absatz ihres Fracking-Gases zugutekommt.

Es ist geradezu traurig, wenn man der Führungsriege der EU nahelegen muss, sich an der Afrikanischen Union (AU) ein Beispiel zu nehmen. Deren Vorsitzender, Senegals Präsident Macky Sall will in den kommenden Wochen Gespräche in Moskau und Kiew führen und dabei auf einen Waffenstillstand dringen. Zur Enthaltung seines Landes in der UNO-Vollversammlung bei der Verurteilung des russischen Angriffs sagt er: „Wir wollen ganz klar nicht in diesen Konflikt hineingezogen werden, wir wollen Frieden. Auch wenn wir die Invasion verurteilen, arbeiten wir an einer Deeskalation.“

Hinsichtlich der Energiepreise und der Nahrungsmittelverknappung sei noch bemerkt, dass ein allfälliger – und ohnehin nur längerfristig möglicher – Ausstieg der Europäer aus russischem Gas und Öl für diese eine höhere finanzielle Belastung darstellen dürfte als einen Schaden für Russland, das seine Rohstoffe vornehmlich in den zwei bevölkerungsreichsten Staaten der Welt, nämlich in Indien und China, unterbringen kann, aber wohl auch seine Handelsbeziehungen mit anderen nichteuropäischen Ländern intensivieren wird.*) Und die vielbeklagte Hungersnot infolge Blockade der für die Weizenausfuhr benötigten ukrainischen Schwarzmeerhäfen ließe sich durch ein Zugehen auf Putin umgehend beheben. Letztlich: Im Krieg wird nicht „gestohlen“, sondern requiriert. Angesichts des massiven Wirtschaftskrieges gegen ihr Land kann man von den Russen nicht erwarten, die Großmut aufzubringen und auf Weizenrequisierungen in den von ihnen besetzten Gebieten zu verzichten.

14. Anhang: Die österreichische Neutralität

Das wiedererstandene Österreich hatte bis 1990 nach drei Seiten hin Warschauer-Pakt-Staaten zu Nachbarn, nämlich die Tschechoslowakei (CSSR) im Norden, Ungarn im Osten und Jugoslawien im Süden. Dem die völlige „Freiheit“ (= Souveränität) Österreichs wiederherstellenden Staatsvertrag von 1955 stimmte die UdSSR nur unter der Bedingung zu, dass sich Österreich zu einer bewaffneten Neutralität nach Schweizer Muster verpflichtete, wodurch zwischen den NATO-Staaten Italien und Deutschland eine Barriere erhalten blieb. Die Neutralität entsprang also einer Forderung der Sowjets und nicht dem Wunsch der österreichischen Bevölkerung, was vielfach in Vergessenheit geraten zu sein scheint. Denn dieser Status hatte 1955 bei uns – im Unterscheid etwa zur Schweiz oder zu Schweden – keinerlei Tradition.

Die große Zustimmung zur Neutralität hat sich also erst mit der Zeit eingestellt, was ich hier und heute ganz ausdrücklich begrüße. **Die Beweggründe für den Ukraine-Krieg sind, wie hier laufend festgehalten, vorrangig Sicherheitsinteressen Russlands, das sich zu Recht von der immer näher an seine Grenzen heranrückenden NATO unter Führung der USA bedroht sieht.** Hinsichtlich neutraler Staaten gibt es solche Bedenken Moskaus nicht, und Österreich ist außerdem nun bereits seit bald 20 Jahren, abgesehen von der ebenfalls neutralen Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, nur mehr von NATO-Staaten umgeben. Diese schützen uns einerseits vor einer ohnehin an den Haaren herbeigezogenen russischen Bedrohung und werden uns ja wohl auch nicht angreifen. Daher verstößt die finanziell ausgehungerte

Landesverteidigung heutzutage zwar gegen einen effizienten Selbstschutz, wie er im Neutralitätsgesetz gefordert wird, stellt aber realpolitisch keinen großen Schaden dar.

Finnland und Schweden sind militärisch vergleichsweise wesentlich besser aufgestellt, was der NATO zwar gefallen wird, doch ist der dort gegebene Stimmungswandel weg von der Neutralität in meinen Augen ein Widerspruch in sich. Denn diese beiden Länder stellen für Russland erst dann eine Bedrohung dar und lösen allenfalls Reaktionen aus, wenn sie NATO-Länder geworden sind. Als großer Freund Skandinaviens und der dort lebenden Menschen, insbesondere der Finnen, bedauere ich deren NATO-Ambitionen sehr, weil ich darin einen Verlust an Realitätssinn zu erkennen glaube.

dgm/02.06.22

Rückmeldungen und Zugabe

Zu diesem Aufsatz habe ich ein paar Rückmeldungen erhalten. Von Seiten ehemaliger Schüler von mir gab es nur positive Reaktionen. „Ein Hochgenuss, das zu lesen“ war eine davon und eine andere lautete, dass ich das ganze Ukraine-Thema damit eigentlich erschöpfend abgehandelt habe. Lediglich zu dem in Abschnitt 13 mit *) markierten Satz bemerkte ein Maturakollege, dass zumindest das russische Erdgas wegen fehlender Transportstrukturen nicht von heute auf morgen nach China, Indien und andere außereuropäische Länder umgeleitet werden kann. Das ist zweifellos richtig und nur ein Beispiel dafür, dass die als – nichtmilitärische – Reaktion des Westens auf Putins Grenzüberschreitung zweifellos gerechtfertigten Sanktionsmaßnahmen natürlich auch Russland Probleme bereiten und nicht nur „Selbstmord-Sanktionen“ sind. Sinnvoll genutzt hätten sie daher auch als Pfand für ein Ende der russischen Aggression eingesetzt werden können. Das aber wurde leider gar nicht ins Auge gefasst, sondern nur eine „Bestrafung“ des Aggressors im Sinne eines politischen Moralismus, den der Zürcher Philosoph Hermann Lübbe scharfsinnig als „Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft“ definiert.

Wenn mit diesem selbstgefälligen Moralisieren, das auch als Vorwand für die unseligen Waffenlieferungen dient, die der Ukraine zum „Sieg“ verhelfen sollen, nicht bald Schluss gemacht wird, dann ist das Schlimmste zu befürchten. Was ist das für eine Logik, einerseits Putin als gewissenlosen Verbrecher hinzustellen und andererseits auszuschließen, dass er, in die Enge getrieben, zur Atomwaffe greift? Wann wird endlich begonnen, mit Vernunft und Sachverstand auf eine Friedenslösung hinzuarbeiten, welche die Sicherheitsinteressen Russlands ebenso befriedigt wie jene der Ukraine? Beschämend ist, dass es kein europäischer Politiker wagt, die Möglichkeiten dafür ausloten, sondern dass man diese Tätigkeit dem türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan überlässt. Dieser hat übrigens erst kürzlich verlauten lassen, Putin wäre durchaus gesprächsbereit, nicht aber die ukrainische Führung. Hätte die europäische Politik nicht die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, dieser Meldung wenigstens nachzugehen und gegebenenfalls mit der ukrainischen Führung endlich einmal Klartext zu reden?

Besonders enttäuscht bin ich hinsichtlich des Umganges mit dem Ukraine-Konflikt von der deutschen Bundesregierung, aber auch die oppositionelle CDU/CSU bietet ein Bild des Jammers. Umso mehr darf ich wiederum Sahra Wagenknecht hervorheben, die unermüdlich mit Herz und Hirn für Frieden und Sicherheit in Europa in den Ring steigt und die in den letzten Tagen mit folgendem Angriff auf die deutschen Grünen für Schlagzeilen gesorgt hat:

„Für mich sind die Grünen die heuchlerischste, abgehobenste, verlogenste, inkompetenteste und gemessen an dem Schaden, den sie verursachen, derzeit auch die gefährlichste Partei, die wir aktuell im Bundestag haben.“

Auf die Kritik, die gefährlichste Partei im Bundestag sei doch wohl die AfD, legte sie im „Spiegel“ wie folgt nach: „Die AfD ist eine rechte Partei, die Nazis in ihren Reihen duldet und deren Erstarren ich mit größter Sorge sehe. Aber anders als die Grünen hat die AfD aktuell weder die Macht, unsere Industrie zu zerstören und Millionen Menschen arm zu machen, noch die, uns in einen großen Krieg hineinzuziehen.“ All diese Gefahren aber seien „reale Folgen der Politik der Grünen, die übrigens auch ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die AfD immer stärker wird“, so Wagenknecht.

dgm/26.10.22